

# Der Maler

## Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Ercheint Sonntags  
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal  
bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 26, Alster-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

### Festtage.

Der gesunde Mensch braucht den Werktag mit seiner Arbeitsfülle; er bedarf aber ebenso in gewissen Abständen der Ruhe und Erholung; beides zusammen ist ihm so notwendig wie der Lunge das Ein- und Ausatmen. Goethe trifft das Rechte mit seiner bekannten Formel: Saure Wochen, frohe Feste! Die Feiertage nach längerer Tätigkeit winken wie selbige Inseln im weiten Ozean, wie grüne Oasen in dürrer Wüste; sie werden uns zu Brunnen, daraus uns neue Kräfte quellen. Heute haben wir es wohl nötiger als je, Feste zu feiern, sie im rechten Sinne zu begehen. Die Feste haben sich doch recht sehr gewandelt. Wie gemächlich und ruhevoll floß der Strom des Lebens doch unsern Ahnordern dahin! Wie rasend ist dagegen das Tempo der Gegenwart geworden. Aus dem Anstrome von ehegestern ist das Allegro, das Presto des Heute geworden. Das Leben ist in eine ruhelose Heße ausgeartet. Wer sich behaupten will, muß riel und schwer arbeiten. Der Erfolg will oft direkt erjagt sein. Alle Lebensformen, besonders in der Großstadt, lassen weder Leib noch Seele recht zur Ruhe kommen. Es muß im beständigen Daseinskampf viel Nervenkraft darangeseht werden; gar mancher verbraucht sich, altert vor der Zeit; viele werden gereizt, lebensmüde, nervös, unglücklich. Vor Weihnachten steht nun noch eine besondere Hochflut der Arbeit ein, eine wirtschaftliche Anspannung, die vom einzelnen oft das Allerbeste an Nervenkraft verlangt, die aber daher auch den Wunsch nach Ausspannung, nach der Ruhe der Feiertage auf höchste steigert. Darum leuchtet uns gerade Weihnachten mehr als jedes andere Fest so freundlich, so erlösend entgegen, und es ist auch in der Tat ein besonderes Fest beschaulicher Ruhe. Auf andere Feste trifft das doch nicht im gleichen Maße zu. Ostern und Pfingsten führen uns hinaus in die erwachende Natur, sie laden zu Kongressen und sonstigen Veranstaltungen, aber Weihnachten läßt den Menschen hübsch für sich daheim und gibt ihm Gelegenheit, sie als „sein“ Fest zu begehen.

Es ist der große Vorzug, daß mit dem Weihnachtsmorgen jene köstliche Stille anhebt, vor der der Lärm des Alltags verstummt ist, daß ein paar Tage winken, an denen der abgehefte Leib, die müden Hände mal feiern dürfen. Ehre dem Beruf! Ehre der Arbeit! Aber wie wohlkühlig empfinden wir es doch, wenn uns der Alltag mit seinen vielen Sorgen, mit seinen harten Forderungen, mit seinen mannigfachen Kleinlichkeiten und Verdrießlichkeiten für eine kleine Weile losläßt. Wir dürfen in dieser Zeit doch mal die „Ferien vom Ich“ genießen, wo alles das, was uns im Werkeltag an Sorgen, Stimmungen, Hoffnungen, Befürchtungen durch- und umwucherte, andern, neuen Regungen Platz macht. In den Kämpfen des Tages war die Seele nicht selten stumpf geworden; es war manches Schöne in ihr, was einst froh zum Lichte drängte, einschlämmt. Aber an den Festtagen wacht doch auch manches wieder auf. Wir greifen vielleicht zu einem vertrauten Buche, treiben eine Kunst, zu der der Werktag nicht die Muße ließ, erfreuen uns einer Bastelerei, einer gepflegten Sammlung. Also es wächst und vollendet sich unser ganzer Mensch, es blüht manches wieder kräftig auf, was unterm Frostreif des Lebenskampfes sich nicht vorwagte. Festtage bringen vor allem auch Muße mit sich und ermöglichen damit stillbesinnliche Stunden. Da überblicken wir mal unser Leben. Die Jugend wird durchgegangen. Wir erinnern uns der Genossen, die einst mit uns lebten und stritten. Wir vergleichen uns mit ihnen, unsere Erfolge und Mißerfolge, wir ziehen die Bilanz aus der Vergangenheit und gewinnen vielleicht neue Gesichtspunkte, neue Klarheit für Ziele und Wege des Lebens. An den Festtagen wollen wir nichts als Mensch sein, wollen wir daher auch der Familie gehören. Es ist doch so, daß uns unser Beruf nicht selten unsern Nächsten raubt und manchmal dadurch auch entfremdet. Die Klage der Frau und Kinder, daß uns für

sie so wenig Zeit bliebe, ist in der Regel berechtigt und entbehrt leider nicht der Tragik. Denn weil wir uns der eigenen Familie nicht genug widmen — es leider auch nicht immer können — verkümmern so manche Freuden, verblüht so manche Lebensregung ungenossen, obgleich wir hoch gerade in Liebe und Sorge an die Familie, an ihre

### Frohe Botschaft.

Einst klang ein frohes Lied auf dürrer Heide.  
Es kündete den Hirten große Freude,  
Daß endlich sei zu Bethlehem geboren  
Der heiland, den der Herrvott auserkoren,  
Zu bringen Glück und Frieden auf die Erde,  
Daß allen Menschen Wohlgefallen werde!

Und jenen Hirten wies ein heller Stern  
Den Weg zum Jesukind. Da dankten sie dem Herrn,  
Der ihnen diese hohe Günst erwiehlen;  
Sie kehrten fröhlich heim und singend priesen  
Sie allen Armen den Beginn der neuen Zeit  
Des Friedens und der Erdenheiligkeit!

Das war die frohe Botschaft. Doch Erfüllung  
Ward dieser Botschaft nicht. Und keine Sühnung  
Der Armut und des Leidens ward dem Volke;  
Kein kühlend Labial, keine Friedenswolke  
Beruhigte der Erde heißes Herz —  
Es blieb bei Unrecht, Krieg und Menschheits Schmerz!

Doch auch die Hoffnung blieb. Sie strahlte wider  
Das schöne Bild, daß alle Menschen Brüder,  
Daß keiner dürfe sein des andern Nachbar  
Und herrschen müsse gleiches Menschenrecht,  
Daß Menschheitswohlgefallen auf der Erde  
Und allen Völkern Glück und Freude werde!

Aus Hoffnung und Erkenntnis keimt die Tat.  
Tat macht lebendig! Jene zarte Saat  
Verheißungsfroher Botschaft wird Vollendung,  
Wird Erntzeit, wenn Ihr die frohe Sendung  
Verwirklichen schafft stark und kampfbereit,  
Und damit selbst der Menschheit Zukunft meistert!

Das ist das hohe Ziel. Der Zukunft Sterne,  
Sie leuchten hell aus blauer Himmelsferne  
In jede Menschenbrust. Seid wach und kampfbereit!  
Kämpft gegen Unrecht, Knechtschaft, Haß und Neid!  
Dann wird, erlöst aus Kriegs- und Mammonskralen,  
Der Welt erblühen Menschheitswohlgefallen!  
Caes.

Notwendigkeiten wie Behagen denken, wenn wir jede Minute der Berufsarbeit opfern. Aber Weihnachten ist unter allen hohen Festen das, das der Familie einen Altar errichtet. Da sollten wir besonders in und mit ihr zusammenleben, ein Gemeinschaftsleben in ihr nicht nur nach der wirtschaftlichen, sondern auch nach der Gemüts- und Herzensseite wahrnehmen, und dann müßte und könnte gerade die Familie zur starken Kraftquelle werden.

Aber über diesen allgemeinen Segen der Feste hat ja jedes wieder noch seinen besonderen Sinn, und wenn Weihnachten besonders innig gefeiert wird, sollte man annehmen, daß es auch starke Wirkungen zeitigt.

Weihnachten ist als christlicher Feiertag das Fest der Liebe. Es will den Gemeinschaftsinn wecken und pflegen, es will zur Eintracht, zum Helfen und Opfern mahnen. Unsere Zustände rufen nach diesem Geist. Denn wir leben oft nicht als organisch zusammen, sondern nebeneinander, gespalten in Parteien, Stände, Vereine, Klassen. Nun meint mancher, daß das eben nicht anders ginge; mit einer Ideologie, die mit Gefühlen, nämlich mit Mitleid, Liebe, Opfermut rechnet, sei im öffentlichen und besonders im wirtschaftlichen Leben doch nichts anzufangen, und im übrigen sei es bei andern Völkern ebenso. Nun muß ja wohl zugegeben werden, daß es ohne Gegenläufe, ja ohne heftige Kämpfe niemals abgehen wird, aber das schließt doch noch lange nicht aus, daß die Rücksicht auf das Gesamtwohl doch der oberste Leitgedanke der Stände und Berufsgruppen bleiben muß und daß der einzelne die

wohlerlaubte Rücksicht auf den eigenen Nutzen doch ins rechte Verhältnis zu den Grundsätzen der Menschlichkeit, der Nächstenliebe zu stellen vermag.

Unser Weihnachtsfest fällt zeitlich mit dem Julfest der Ahnordern zusammen. Da freuten sie sich der Winter Sonnenwend, des kommenden neuen Lichts. Auch in diesem Sinne hat Weihnachten heute noch seine Berechtigung. Es bedeutet uns rein körperliche Erneuerung, denn die Sonne ist ja unser großer Lebensquell. So beginnt mit Weihnachten neues Schaffen, neuer Anstieg. Es wird uns zuletzt zum Gleichnis unseres ganzen Lebens. Das zeigt gleich dem Meer ein ewiges Auf und Nieder, ein Werden und Vergehen, ein Hoffen und Enttäuschen. Aber gerade in diesem Wechsel liegt des Lebens und Schaffens tiefer Reiz.

Es ist unsere Sache, wie wir Feste feiern. Aber wenn wir uns im angeedeuteten Sinne einstellen, werden uns die kommenden Weihnachten erneut lebensmutig und kampfbereit machen.

### Arbeitslosenstatistik und Konjunkturbericht vom Monat November.

Nach unsern Feststellungen hat der berufliche Arbeitsmarkt gegen Ende des Monats November eine alle Erwartungen übertreffende Belastung erfahren. In 164 Filialen mit 55 086, davon 221 weiblichen Mitgliedern, die ihre Berichtskarte rechtzeitig eingekandt haben, wurden 11 444 männliche und 7 weibliche, zusammen 11 451 Arbeitslose gezählt. Das sind 20,8 % der Gesamtmitgliedschaft, 11,7 % Ende Oktober und 6,6 % Ende September. Damit ist die Zahl des Vorjahres mit 13,7 % erheblich überschritten und die Ungunst der Wirtschaftslage hat uns in bedenkliche Nähe der hohen Erwerbslosenziffern des Krisenjahres 1926 mit rund 23 % arbeitsloser Verbandsmitglieder gebracht. Am ungünstigsten sind die Verhältnisse im Landesarbeitsamtsbezirk Pommern mit 29,7 %, in Bayern mit 29,1 % und Nordmark mit 28,9 % Arbeitslosen. Es folgen dann Schlesien mit 25,6 %, Hessen mit 22,5 %, die Landesarbeitsämter Rheinland, sowie Südwestdeutschland mit je 22,2 % und unter dem Reichsdurchschnitt Ostpreußen und Westfalen mit je 20,2 %, Niedersachsen mit 18,4 %, Sachsen mit 14,6 %, Mitteldeutschland mit 13,8 % und Brandenburg mit 11,8 % erwerbslosen Mitgliedern. Der Geschäftsgang war, wie aus nachstehender Tabelle ersichtlich, das ganze Jahr hindurch weniger günstig als 1926.

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche	
	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926
Januar ..	146	162	41 486	47 228	15 830	14 776	38,1	31,3
Februar ..	144	167	40 893	48 062	18 772	12 957	46,2	26,9
März ....	148	151	41 492	46 560	6 916	6 693	14,2	14,4
April ....	148	157	38 888	48 503	2 882	3 502	6,2	7,2
Mai .....	151	156	42 996	49 706	1 078	2 189	2,5	4,4
Juni .....	150	151	43 082	48 453	1 575	2 355	3,6	4,9
Juli .....	148	134	43 939	45 744	1 212	2 832	3,9	6,2
August ...	152	157	44 436	53 800	2 921	3 698	6,0	6,9
Sept. ....	154	151	46 301	52 388	2 089	3 448	4,5	6,6
Oktober ..	152	160	46 702	53 673	3 421	6 297	7,3	11,7
Nov. ....	163	164	47 053	55 086	7 401	11 451	15,7	20,8
Dezember ..	162	—	45 964	—	14 411	—	31,4	—

In demselben Maße hat auch die Zahl der Kurzarbeiter zugenommen. Sie betrug Ende Oktober 2380 oder 4,4 % der erfaßten Mitglieder und ist jetzt auf 7386 oder 13,7 % gestiegen. Darunter befinden sich 10 oder 4,5 % unserer weiblichen Mitglieder. Die wöchentliche Arbeitszeit war verkürzt: für 5911 Beschäftigte bis zu 8 Stunden, für 1322 Beschäftigte um 9 bis 16 Stunden, für 29 Beschäftigte um 17 bis 24 Stunden und für 124 Beschäftigte um mehr als 24 Stunden die Woche. Es scheint uns unwahrscheinlich, daß mit der diesmaligen Berichterstattung die Kurzarbeit in ihrem vollen Umfange gemeldet wurde, da doch im Malergewerbe die Arbeitszeit spätestens seit Mitte November eingeschränkt ist. Da die Winterarbeitszeit in der neuen Fassung des Reichstarifvertrags ausdrücklich als Kurzarbeit bezeichnet wird, ersuchen wir die Filialverwaltungen, sie bei der weiteren Berichterstattung als solche zu berücksichtigen.

Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß sich die Konjunktur seit langem auf absteigender Linie bewegt, so kann

doch nicht gelungen werden, daß die den ganzen November anhaltende Aussperrung in der nordwestdeutschen Eisenindustrie einen ungünstigen Einfluß auf die allgemeine Geschäftslage ausgeübt hat. Rechnet man noch den gewaltigen Lohnkampf der Sechswertigen hinzu, der gleichfalls ganze Industriezweige lahmlegen droht, so kommen weit über eine Viertelmillion Lohnempfänger in Betracht, deren Verdienstaussfall eine beträchtliche Schwächung der Kaufkraft verursacht. Außerdem wird die Wirtschaft von den unausgesetzten Aussperrungsdrohungen der Textilbarone beunruhigt, so daß Handel und Wandel stark beeinträchtigt sind und zumindest jede Disposition gestört wird. So meldet vor allem die Maschinenindustrie einen Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten und eine regere Tätigkeit der Auslandskonkurrenz, die sich natürlich die Aussperrungsmut des deutschen Unternehmertums zur Steigerung des eigenen Absatzes zunutze macht. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß sich diese Bestrebungen auch in dem Automobilbau und andern Industriezweigen fühlbar machen werden.

Unser Malergewerbe ist bei seiner Abhängigkeit vom allgemeinen Wirtschaftsleben durch diese Unsicherheit stark in Mitleidenschaft gezogen. Längst fällige Renovierungsaufträge in Geschäftsräumen und Läden, die sonst vor dem eigentlichen Weihnachtsgeschäft vergeben wurden, sind erneut zurückgestellt. Die Folge davon ist, daß gegen 4570 Beschäftigten in 129 Betrieben oder 36,3 pro Betrieb Ende Oktober, jetzt nur noch 3927 in 130 Betrieben oder im Durchschnitt 30,2 pro Betrieb festgestellt wurden. Der Beschäftigungsgrad wurde für 1,5 % der Betriebe (gegen 2,3 % im Vormonat) mit 3,7 % der Beschäftigten (gegen 5,3 % mit sehr gut, für 22,3 % (gegen 27,2 %) der Betriebe mit 30,7 % (gegen 34 %) der Beschäftigten mit gut, für 45,4 % (gegen 54,7 %) der Betriebe mit 49,2 % (gegen 49,4 %) der Beschäftigten mit befriedigend und mit 30,8 % (gegen 15,8 %) der Betriebe mit 18,4 % (gegen 11,3 %) der Beschäftigten mit schlecht beurteilt. Die Bewertungsziffer ist dadurch von 2,66 auf 2,78 gestiegen und um 12 Punkte ungünstiger geworden. Seit Oktober 1927 entwickelte sich der Geschäftsgang im Malergewerbe wie folgt:

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit					Bewertungsziffer	
	gut	befriedigend	schlecht	Betriebe	Beschäftigten		
1927 Oktober ..	47,1	53,4	44,6	41,5	8,3	5,1	2,41
November ..	38,5	55,7	41,5	34,2	20,0	10,1	2,40
Dezember ..	8,9	13,7	44,1	60,6	47,0	25,7	3,09
1928 Januar ...	13,0	18,0	45,0	55,1	42,0	26,9	3,09
Februar ...	30,7	43,6	42,5	41,8	26,8	14,6	2,86
März ...	49,2	61,4	44,8	36,8	6,0	1,8	2,24
April .....	58,6	68,5	38,8	30,2	2,6	1,3	2,02
Mai .....	62,5	73,2	32,0	21,9	5,5	4,9	2,00
Juni .....	56,8	71,8	36,0	23,3	7,2	4,9	1,98
Juli .....	45,6	66,0	44,0	26,6	10,4	7,4	2,10
August ...	41,7	59,5	48,5	35,4	9,8	5,1	2,29
September ..	45,7	59,7	45,7	37,4	8,6	2,9	2,31
Oktober ..	29,5	39,3	54,7	49,4	13,8	11,3	2,66
November ..	23,8	34,4	45,4	49,2	30,8	16,4	2,78

Im Laufe des November wurden von 41 Betrieben 221 Beschäftigte neu eingestellt und von 94 Betrieben 722 Beschäftigte entlassen. Diese Zahlen entsprechen vielleicht nicht ganz der großen Steigerung der beruflichen Arbeitslosigkeit. Wer aber nur einigermaßen mit den Berufsverhältnissen vertraut ist, der weiß, daß vornehmlich die kleinen und kleinsten Betriebe am stärksten von der ungünstigen Konjunktur betroffen werden und ihre Arbeitskräfte dann reißlos abstoßen. Größere Geschäfte — und fast nur solche werden von unserer allmonatlichen Umfrage erfasst — haben eine Stammbesetzung, die sie aus eigenem Interesse halten müssen und sie würden selbst in allergrößter

Verlegenheit kommen, wenn sie der oft sehr empfindlichen Kundenchaft nicht immer wieder die mit ihren Gewohnheiten vertrauten Gehilfen zuschieben könnten. Dann wird in großen und soliden Betrieben auf gute Instandhaltung des Inventars gesehen, Leitern, Gerüste, der Fuhrpark usw. überholt, während diesen rein betriebswirtschaftlichen Arbeiten aus Nachlässigkeit oder falsch aufgefaßter Sparbarkeit in Kleinbetrieben vielfach gar keine Beachtung geschenkt wird. So fänden sich bei einigem guten Willen durchaus notwendige Arbeiten bei deren Ausführung viele zuverlässige Gehilfen über einige schwerige Wochen hinaus gehalten werden könnten, wenn das Geschäftsinteresse mit einem Schuß sozialen Empfindens in Einklang gebracht werden würde.

Das Material für die Erhebungen im laufenden Monat ist den Filialverwaltungen bereits zugesandt. Eintrag ist der 29. Dezember. Arbeitslosenstatistikarten und Konjunkturfragebogen müssen spätestens am 8. Januar 1928 beim Hauptvorstand eingelaufen sein.

**Jughandwerkerbünde.**

Die Innungen und sonstigen Arbeitgeber-Organisationen rücken mehr und mehr, um der aufstrebenden gewerkschaftlichen Jugendbewegung entgegenzuwirken. Die verschiedensten Wege werden dazu eingeschlagen. Nachdem man einsehen mußte, daß das Verbot, sich zu organisieren, nicht mehr den gewünschten Erfolg hatte, versuchte man es nun von der andern Seite. Nun wünscht man auf einmal, daß sich die Jugend organisiert, und die Meister selbst sorgen sogar dafür, daß Vereinigungen gegründet werden. Welcher Art diese von den Meistern bevorzugten und verhältnismäßig Vereine sind, ist für jeden Kenner der Arbeiterbewegung von vornherein klar; es kann sich nur um gelbe Vereine oder diesen ähnliche Gebilde handeln. Aus einigen Filialen, Breslau und Kiel, ist uns bekannt, daß die Meister zur Gründung von Jughandwerkerbünden übergegangen sind, in denen besonders die Meisteröhne sich organisieren. Den Jughandwerkerbünden wird nunmehr erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. So schreibt darüber D. H. E. H. v. M. W. B. in „Die Arbeit“:

Die Bemühungen der Industrie, durch eine großzügige Werkjugendpflege die Jugend an das Werk zu fesseln, sind bekannt. Ueber die Berufsausbildung hinaus soll der „ganze Mensch“ durch diese Pflege umfassen werden, keine Zeit mehr soll ihm dieiben für andere Vereinigungen, andere Veranstaltungen. Von der Jugendbewegung, der man sonst nicht wohlgesinnt ist, werden bewährte Mittel und Methoden übernommen, wie Sport, Spiel, Wandern, Musik- und Kunstpflege und anderes. Das Ziel ist eindeutig. In der Arbeiterschaft soll die „Verbundenheit“ mit dem Werk, mit dem Betrieb, und ein Zufriedensein mit dem gegebenen Wirtschaftssystem entwickelt werden. In diesen Erziehungsplan scheint sich nunmehr das Handwerk organisch einfügen zu wollen, wie ein unerkennbares Bestreben zur Gründung sogenannter Jughandwerkerbünde andeutet. Diese Jughandwerkerbünde sollen „den handwerklichen Nachwuchs mehr als bisher mit berufständlichem Geist erfüllen“. Eine einheitliche Organisation dieser Jughandwerkerbünde besteht noch nicht. Zum Teil handelt es sich um eine „Bewegung der Meisteröhne“, zum andern um allgemeine, von der Innung betreute Zusammenschlüsse von Gesellen, Lehrlingen, Meisteröhnen, oder aber um Veranstaltungen für die Lehrlinge im Anschluß an den Besuch der Innungsschulen. Wohl als ein Beweis für die Absicht, hier ordnend einzugreifen, ist ein Fragebogen der Handwerkskammer in Berlin für ihren Kammerbezirk auszugeben. Um festzustellen, in welchem Maße die Jughandwerkerbünde Boden gewonnen haben, wird folgendes von den angeschlossenen Innungen erfragt:

1. Bezeichnung der Organisation.
2. Wieviel Mitglieder zählt die Organisation?
3. Sind Veranstaltungen für die Fortbildung der Mitglieder getroffen?

Su unterscheiden ist hier nach:  
 a) kultureller,  
 b) rein technischer Bildungsarbeit.  
 4. Werden bei der technischen Fortbildung die fachlichen Organisationen zur Mitarbeit herangezogen, oder streifen die Jugendorganisationen aus sich selbst heraus diese Bildungsarbeit?  
 Nicht nur hier, auch andernorts werden die Resultate nicht weitbewegend sein. Immerhin sind diese Bemühungen bezeichnend. Es dürfte die Annahme nicht von der Hand zu weisen sein, daß sich diese beabsichtigten Neugründungen in das vom „Dinia“ genährte Erziehungsprogramm eingliedern, denn es scheint sich um generelle Anweisungen der Spitzenorganisationen des Handwerks zu handeln. Im „Arbeitsausschuß für Berufsausbildung“ arbeiten der „Deutsche Handwerks- und Gewerbe-Kammertag“ und der „Reichsbund des deutschen Handwerks“ mit den Spitzenorganisationen der Industrie zusammen. Solcher Zusammenarbeit entspringt der bekannte Gegenentwurf zum Berufsausbildungsgesetz, in dem die im Regierungsentwurf vorgesehene Fassung, dem Lehrling „Zeit und Gelegenheit zur Teilnahme an Veranstaltungen der Jugendpflege und Jugendbewegung zu lassen“, gestrichen wurde. Die dafür gegebene Begründung macht die eigenen Absichten durchsichtig, wenn es heißt: „Auf diesem in Deutschland erst in der Entwicklung begriffenen Gebiete sollte man es der freien Entwicklung überlassen, inwieweit die verschiedenen Bestrebungen sich durchsetzen werden“, oder, wenn es weiter dem Lehrherrn überlassen bleibt, „wenn er im Wettbewerb mit andern derartigen Veranstaltungen gewinne (?) Veranstaltungen bevorzugt“. Dieser „Wettbewerb“ gegenüber der seit Jahrzehnten bestehenden Jugendbewegung ist nur auf dem Wege des Zwanges denkbar. Denn „Berufslehrlingsbewegung“, „Betriebslehrlingsbewegung“ und „berufständischer Geist“ sind keine aus dem Lebenswillen der Jugend hervordringende Ideen, sie werden von außen an sie herangebracht. Die jungen Menschen müssen zu sozial verpflichteter Mitarbeit erzogen werden. Das ist der Sinn wurzelechter Jugendarbeit. Den Menschen verantwortlich als dienendes Glied in das Gesellschaftsganze zu stellen, ist die Aufgabe, die sich eine wirklich lebendige, sich freiwillig organisierende Jugendbewegung stellt. Wir überschätzen die Auswirkungen der Bestrebungen des Handwerks nicht, dennoch werden die Ortsverbände, die Ortsausschüsse und die Gesellenausschüsse die sich anbahnende „Bewegung“ beobachten müssen. Die lebhafte Förderung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit und Jugendbewegung ist die einzig wirksame Abwehr.

**Aus Unternehmertreffen**

Von den Verbandstagen unserer Unternehmer 1928.

Die diesjährige Tagung des Reichsbundes des deutschen Maler- und Lackiererhandwerks hat vom 18. bis 19. August in Leipzig stattgefunden, angeleitet von Beteiligung von fast 300 Vertretern. Auch von Oesterreich, der Schweiz und der Tschechoslowakei waren Teilnehmer anwesend. Nicht erschienen waren die Vertreter Württembergs.  
 Der Tagung ging eine Sitzung des Ausschusses für das Lehrlingswesen voraus, der sich mit dem Entwurf einer Lehrlingsordnung zu beschäftigen hatte. Die Richtlinien für die Gehilfen- und Meisterprüfung, die der Reichsbund ebenfalls herausgeben will, wurden an die Sachberater zurückverwiesen. Die zweite Lesung des Entwurfs der Lehrlingsordnung soll in einer weiteren Sitzung des Ausschusses erfolgen und danach zur Stellungnahme an sämtliche Landes- und Ortsverbände, an die Kammern und die Schulen und alle sonst in Frage kommenden Stellen und Behörden sowie an unsere Organisation geleitet werden.  
 Am 18. August trat dann die Hauptversammlung des Reichsbundes zusammen. Hier erstattete Herr Kruse den Geschäftsbericht. Darin verwies er auf die

**Rationalisierung in zehn Minuten.**

Von Dr. Otto Ehrlich.  
 „Hallo, hallo, bitte verbinden Sie mich mit Nummer 37-8-23!“  
 „Hallo, wer ist dort?“  
 „Hier Betriebsratsobmann Müller, kann ich mit Herrn Ingenieur Berger sprechen?“  
 „Ja, ich bin am Telephon.“  
 „Guten Tag, Herr Ingenieur, ich brauche von Ihnen einen Rat, kann ich Ihnen heute Nachmittag einen längeren Besuch machen?“  
 „Das wird kaum möglich sein, weil ich den ganzen Tag mit der Reorganisation eines großen Gewerkschaftsbetriebs beschäftigt bin. Aber vielleicht kann ich Ihnen am Telephon Auskunft geben, ich habe jetzt 10 Minuten Zeit.“  
 „Es wird mir also nichts anderes übrig bleiben, als Ihnen am Telephon kurz zu sagen, worum es sich handelt: Der Generaldirektor unseres Unternehmens, das kürzlich aus der Fusionierung\*) der vier kleinen Aktiengesellschaften entstanden ist, die Sie ja kennen und von denen drei vom Zusammenbruch bedroht waren, hat unserm Betriebsrat gestern den fertigen Plan zur Rationalisierung der vier Fabriken vorgelegt und hat uns mitgeteilt, daß übermorgen mit der ganzen Sache begonnen werden wird. Da wird zunächst ein Betrieb gänzlich stillgelegt, in den andern neue arbeitssparende Maschinen eingeführt, in einer Reihe von Werkstätten wird das laufende Band und in dem andern ein neues Prämienlohnsystem eingeführt. Die Folge davon ist, daß 80 Arbeiter entlassen werden. Selbst wenn unser Betriebsrat durch die hinter uns stehende Gewerkschaft die Macht hätte, arbeiterfeindliche Maßnahmen zu verhindern, ohne andere zu beeinträchtigen, würde uns die Zeit fehlen, das Richtige vorzuschlagen, weil mit der Reorganisation morgen begonnen werden soll, wir bis dahin den Organisationsplan nicht bis in die letzten Konfe-

quenzen mit den betriebszugehörigen Arbeitern durchsprechen und durchdenken und auch ganz allgemein nicht wissen, wie wir uns zur Rationalisierung verhalten sollen. Ich frage Sie also um Rat, was wir tun sollen.“  
 „Ja, lieber Herr Müller, die Frage, die Sie da an mich stellen, ist sehr schwer zu beantworten, überhaupt in der kurzen Zeit, die mir hierfür zur Verfügung steht. Ich werde mich in meiner Antwort daher auf allgemeine Richtlinien beschränken, muß Ihnen aber einschärfen, daß über diese allgemeinen Richtlinien hinaus eine verantwortungsbewusste Entscheidung nur nach gewissenhafter Beurteilung des einzelnen Falles, die Ihnen überlassen bleiben muß, getroffen werden kann. — Durch den Weltkrieg ist, wie Sie wissen, der Reichtum vieler Länder, besonders der Vereinigten Staaten von Amerika, ins Unermessliche gestiegen; diese Länder haben die neu erworbenen Reichtümer u. a. dazu benützt, ihren Produktionsapparat — Maschinen, Transporteinrichtungen, Kraft-erzeugung, Abfallverwertung usw. — zu modernisieren. Die Massenerzeugung, die in diesen Ländern möglich ist — die Vereinigten Staaten z. B. haben etwa 110 000 000 Einwohner — hat zu einer bedeutenden Verbilligung der Produktion geführt. Unsere Industrie produziert, wie Sie wissen, in vielen Zweigen mehr, als den Absatzmöglichkeiten im Inlande entspricht; sie muß daher mit ihren Erzeugnissen auf den Weltmarkt hinaus. Dort begegnet sie den billigen Produkten anderer Länder. Wenn sie nicht konkurrenzunfähig werden, das heißt zugrunde gehen soll, so muß sie auch mit den Preisen heruntergehen. Einer Lohnherabsetzung zu diesem Zwecke werden sich mit Recht die Arbeiter widersetzen und einer Schmälerung der Profite die Unternehmer; unserer Ansicht nach gewiß nicht mit Recht, aber dieses vermeintliche Recht ihnen streitig zu machen, dazu fehlt uns vorläufig noch die Macht.“  
 „Hallo, entschuldigen Sie, Herr Ingenieur, daß ich Sie unterbreche, ein paar meiner Kollegen im Betriebsrat haben gesagt: Lassen wir uns die Rationalisierung überhaupt nicht gefallen, es kostet bereits genug Geld auf der Arbeiterschaft, wir müssen alle Nachtmittel, die es gibt, dagegen mobilisieren, wir werden einfach alles krumm und klein...“

„Ja, aber Herr Müller, wie konnten Sie so etwas ruhig mitanhören? Haben Sie denn nicht sofort an den sinnlosen Kampf der englischen Maschinenstärmer erinnert, die in den vierzig Jahren des vergangenen Jahrhunderts neueingestellte Maschinen, die viele Arbeiter ihrer Arbeit beraubten, wutentbrannt zerstörten und glaubten, damit das Unheil abgewehrt zu haben. Ja wollen wir uns heute wieder dem technischen Fortschritt entgegenstemmen und zu Märtyrern einer weder guten noch vernünftigen Sache werden? Wenn wir mehr Zeit hätten, könnte ich es Ihnen vielleicht eingehender beweisen, daß die Rationalisierung zu den relativ kleinsten Uebeln der kapitalistischen Wirtschaft gehört, weil sie trotz der Arbeitslosigkeit, die sie erzeugt, doch auch wieder die Möglichkeit eines Zurücktretens der Arbeitslosigkeit schafft; rationalisierte Betriebe können durch Verbilligung der Produktion neue Käufer-schichten gewinnen, dadurch ihren Absatz vergrößern und bald genötigt sein, aus den Reihen der Arbeitslosen neue Arbeitskräfte heranzuziehen. War die Rationalisierung vorwiegend eine technische, das heißt eine Maschinenleistung, so hat obendrein die Maschinenindustrie die Möglichkeit, sich zu vergrößern; auch das Baugewerbe wird die anregenden Wirkungen der Rationalisierung spüren. Dadurch werden Tendenzen ausgelöst, die Arbeitslosigkeit zu verringern und auf die in der kapitalistischen Wirtschaft normale Höhe zurückzudrängen. — Wenn wir uns also notgedrungen, nicht freudigen Herzens, für die Rationalisierung aussprechen, dann müssen wir freilich auch Bedingungen stellen. Eine der wichtigsten Bedingungen, die wir zu stellen haben werden, wird sein die Forderung nach dem Ausbau der Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie, das heißt nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Mitbestimmungsrecht aller arbeitenden Menschen im Betrieb und in der ganzen Wirtschaft. Werden diese beiden Forderungen einmal erfüllt sein, dann werden wir uns jenem Idealzustand einer wirklichen Volkswirtschaft genähert haben, deren Leitgedanke die bestmögliche Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Menschen sein und in der von allen, für alle, nach dem Wunsch und Plan aller gewirkt werden wird.“

\*) Fusionierung ist Verschmelzung mehrerer Unternehmen in eine neue.

Werbung für Arbeitsaufträge, besonders im Winter, auf dabei entstandene Streitigkeiten mit andern Berufen, auf Prozesse, in denen Schiedlungen des Gewerbes abgewehrt werden müßten, auf die Bemühungen für die Regelung der Lehrlingsentschädigungen usw. Die große Zahl der Lehrlinge erregte ernste Bedenken. Es könne nicht ruhig zugegeben werden, daß immer mehr Menschen ohne besondere Auslese in das Gewerbe hineingezogen würden, nachdem dieses schon jetzt die vorhandenen Kräfte nicht befriedigend beschäftigen und ernähren könne. Er erwähnte ferner das herausgegebene Lehrbuch und stellte fest, daß die Beschlüsse, wonach jeder Lehrling das Lehrbuch von seiner Innung erhalten solle, noch nicht erfüllt seien. Ferner behandelte er die Tarif- und Lohnpolitik und die Zusammenarbeit mit dem Reichsausschuß für Schwert-erhaltung. Außerordentlich vielseitig sei die Tätigkeit des Reichsbundes im Interesse des Malergewerbes in den zahlreichen Körperschaften und Behörden.

Nach einem Antrage Norddeutschland soll im Rahmen der städtischen Malerschule zu München eine Meistererschule errichtet werden. — Dann wurde die Bildung eines kunsthandwerklichen Ausschusses beschlossen. Dieser soll Richtlinien für die kunsthandwerkliche Bildung der Maler herausgeben und Aufklärung über die neuen Aufgaben des Gewerbes verbreiten, im engen Zusammenarbeiten mit der „Mappe“. — Bayern lenkte die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der Bekämpfung der Schmuckkonkurrenz. Die dabei auftauchenden Schwierigkeiten sollen untersucht werden. Ein Antrag Mitteldeutschland forderte Erleichterung der Haftung der Meister bei Arbeiten mit Starkstromfahrern. — Der geschäftsführende Vorstand wurde wiedergewählt.

Am 19. August trat der 14. Malertag zusammen. Hier sprach Herr Professor Rückert über die Bildungsbestrebungen des Maler- und Lackiererhandwerks und Obermeister Hansen über die technischen Beschränkungen bei den behördlichen Ausschreibungen.

Am 20. August fand am gleichen Orte der 12. sächsische Malertag statt. Hier bezog sich der Vorsitzende, Herr Dahlinger, auf die vorhergegangenen Verhandlungen und Beschlüsse des Reichsbundes. Er verwies besonders auf die vom Reichsbund beschlossene vierjährige Lehrzeit und darauf, daß die Lehrlingsangelegenheiten einzig und allein nur die Arbeitgeber zu regeln hätten. (1?) Die Bekämpfung der Schmuckkonkurrenz sei ein leidiges Kapitel, solange der § 13 des RTW. nicht für verbindlich erklärt würde. Auch das Submissionswesen und die Lohnverhandlungen wurden behandelt.

### Baugewerbliches

#### Zweiter Märkischer Wohnungsfürsorgetag.

Am 8. und 9. Dezember fand in Cottbus der zweite Märkische Wohnungsfürsorgetag statt. Die Tagung war von der Revisions-Vereinigung gemeinnütziger Baugenossenschaften e. V., Dewog-Revisionsvereinigung, Bezirk Berlin, und der Märkischen Wohnungsbau G. m. b. H., Tochtergesellschaft der Dewog, für den Bezirk Brandenburg veranstaltet worden. Sie brachte drei überaus bedeutungsvolle Referate und zeigte eindringlich, in wie starkem Maße die freigewerkschaftliche Wohnungsfürsorge auch in der Provinz bereits die Bekämpfung der Wohnungsnot faktisch in Angriff genommen hat. Der Leiter der Dewog, Architekt Richard Linneke, referierte einleitend über das Thema: „Der gemeinnützige Wohnungsbau und die Dewog-Bewegung.“ Er schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die gemeinnützige Bau-tätigkeit berufen sei, das Versprechen, das die Weimarer Verfassung im Artikel 155 gegeben habe, einzulösen. Anschließend referierte der Präsident des Landesbauamtes Berlin-Brandenburg-Orenzmark über die Frage: „Arbeitsmarkt und Wohnungsbau.“ Er bezeichnete es als einen auf die Dauer unerträglichen Zustand, daß noch immer polnische Arbeiter trotz größter Arbeitslosigkeit im eigenen Lande nach Deutschland kommen können. Der Staat handle nur in seinem eigensten Interesse, wenn er die gemeinnützige Bautätigkeit so unterstützen würde, daß ein großzügiger Landarbeiterwohnungsbau betrieben werden könnte. Dadurch würde man auf der einen Seite die Arbeitslosigkeit stark herabsetzen können und andererseits wäre das die produktivste Art, „Notstandsarbeiten“ zu vergeben.

In der Diskussion sprach auch der Oberpräsident der Provinz Schlesien, Lüdemann. Er bezeichnete als die Hauptaufgabe des neuen Staates die Erfüllung der Pflicht, das Staatsbewußtsein in jedem Bürger stark zu verankern. Die Dewog diene wie kaum eine andere Wirtschaftsorganisation dieser staatspolitischen Erziehung.

Am Sonntag hatte man eine große Kundgebung anlässlich der Einweihung der neuen Wohnungsbauten veranstaltet. Der Wohnblock umfasst 200 Wohnungen und hatte zu Ehren des ersten Präsidenten der deutschen Republik den Namen „Friedrich-Ebert-Hof“ erhalten. Zu den Einweihungsfeierlichkeiten, die sich zu einer gewaltigen Demonstration der Bevölkerung für gesunde und kulturelle Wohnungen gestalteten, war auch Reichstagspräsident Lobe erschienen, der die Festrede hielt. Er wies darauf hin, daß die industrielle Entwicklung nicht nur Frauen und Kinder in den Wirtschaftsprozess gezwängt habe, sondern daß sie den arbeitenden Menschen außerdem gezwungen habe, in dunklen, sonnenlosen Mietskasernen zu hausen. Deshalb sei jeder Versuch, die Menschen aus diesen Höhlen in gesunde, lichtdurchflutete Wohnungen zu bringen, eine soziale Tat. — An der Kundgebung beteiligten sich 7000 bis 8000 Menschen. Sie hatte ein Ausmaß, wie man es in der kleinen Spreewaldstadt bisher niemals gesehen hatte. Die Dewog-Bewegung hat mit diesem Wohnungsfürsorgetag den Beweis erbracht, daß sie nicht nur auf dem richtigen Wege ist, sondern daß auch die praktischen Erfolge ihrer Tätigkeit von der Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten dankbar anerkannt werden.

### Gewerkschaftliches

#### Erste Ausschusssitzung des ADGB in Kiel am 7. und 8. Dezember.

Nach der öffentlichen Sitzung, über die in der vorigen Nummer berichtet wurde, sprach zunächst Oberregierungsrat Joachim vom Reichsarbeitsministerium über die Grundlagen des Arbeitslebens in Sowjet-Rußland. Die interessanten Ausführungen werden wir in einem besonderen Artikel veröffentlichen.

Am 8. Dezember 1928 beauftragte der Bundesausschuß am Vormittag das Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft. Der Leiter des Instituts, Professor Dr. Harms, und der Leiter der Abteilung „für statistische Weltwirtschaftskunde und internationale Konjunkturforschung“, Professor Dr. Löwe leiteten die Besichtigung durch Ausführungen über die Forschungs- und Lehraufgaben des Institutes ein. Dann nahm der Bundesausschuß seine Beratungen im Gewerkschaftshaus wieder auf. Leipzig erstattete zunächst den Bericht des Bundesvorstandes. Er unterbreitete dem Ausschuß einen Vorschlag über die Neuorganisation der Vertretung der Verbände. Rünftig soll die Zahl der Vertreter, die die Verbände zum Bundesausschuß entsenden können, sich nach der Mitgliederzahl richten, die in den vierteljährlichen Mitteilungen der Verbände an den Bundesvorstand angegeben ist. Die Bezirke Halle und Thüringen sollen vereinigt werden. Diese Zusammenlegung hat den Vorteil, daß nunmehr die Gliederung der Bundesbezirke mit der Gliederung der Bezirke der Landesarbeitsräte übereinstimmen. Für die statistische Abteilung beim Bundesvorstand ist der Herausgeber des bekannten Werkes „Die Welt in Zahlen“, Wladimir Woytinski, gewonnen worden. Woytinski hat am 1. November seine Tätigkeit begonnen. Entsprechend den früheren Beschlüssen des Bundesausschusses ist in Oletsch ein neues Arbeitssekretariat errichtet worden. Der Bundesvorstand beauftragte dann die Erhebung des Stammapitals sozialer Baubetriebe, die schon seit geraumer Zeit als dringend erforderlich angesehen wird. Insbesondere empfiehlt der Bundesvorstand, daß alle Gewerkschaften sich an der finanziellen Unterstützung dieses gewerkschaftlichen Gemeinschaftsunternehmens beteiligen. Leipzig ging schließlich noch auf den Entwurf einer Handwerksnovelle ein, die zur Zeit im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages beraten wird. Der Zweck dieser Novelle sei, eine straffere Zwangsorganisation des Handwerks zu schaffen. Leipzig hält es für selbstverständlich, daß auch bei dieser Gelegenheit die Forderung des ADGB, nach einer paritätischen Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufskammern, in diesem Falle der Handwerkskammern, von neuem mit allem Nachdruck erhoben wird.

Der Bundesausschuß stimmte diesen Vorschlägen und Anregungen einstimmig zu. Insbesondere hielt er es für angebracht, die Stellungnahme der Gewerkschaften zu dem Gesetzentwurf über die Handwerksnovelle in einer Entscheidung niederzulegen, die einstimmig angenommen wurde und folgenden Wortlaut hat:

„Der dem Reichstag vorgelegte Regierungsentwurf einer Handwerksnovelle will das Verlangen der Handwerksmeister nach einer außerordentlichen erweiterten und läckenlosen Organisation der handwerklichen Unternehmerorganisationen erfüllen, die mit weitgehenden gesellschaftlichen wie öffentlich-rechtlichen Befugnissen ausgestattet ist. Die öffentlich-rechtlichen Organisationen des Handwerks sollen als selbstverwaltendes Organ die Gesamtinteressen des Handwerks gegenüber der Gesetzgebung und der Staatsverwaltung vertreten. Auf die Vorschriften der Reichsverfassung, die die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiter und ihrer Organisationen verlangt, nimmt der Gesetzentwurf keine Rücksicht. Die Beibehaltung der Gesellenausschüsse mit ihren veralteten Rechten und Befugnissen kann keinen Erfolg hierfür bieten. Der Bundesausschuß des ADGB beharrt auf seiner Forderung nach Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Verbindungen im Sinne des Artikels 165 der Reichsverfassung und erhebt Einspruch dagegen, daß jetzt ein Gesetz geschaffen wird, das einseitig nur den Einfluß der handwerklichen Unternehmer in Staat und Wirtschaft stärken soll.“

Am Schluß der Tagung sprach Leipzig dem Ortsausschuß der freien Gewerkschaften in Kiel den Dank für die vorbildliche Vorbereitung der Bundesausschusstagung aus.

Die 44-Stunden-Woche in Australien. In Australien wird die Arbeitszeit durch Lohnämter und Arbeitsgerichte festgesetzt. In den meisten Fällen aber, die sich auf Industrien, die aber das ganze Bundesgebiet verstreut liegen, beziehen, wird sie vom Bundesgericht für Arbeitsfreitigkeiten bestimmt. Grundsätzlich besteht eine Arbeitszeit von 48 Stunden in der Woche. Doch können von den staatlichen Instanzen kürzere Arbeitszeiten bewilligt werden. So war die Arbeitszeit Ende 1928 für kaufmännische Angestellte 47 Stunden, für Arbeiter in der Gummiindustrie 46 Stunden, für weibliche Arbeiter 44 Stunden, in der Bekleidungsindustrie mit überwiegender Frauenarbeit 44 Stunden, für Bureauangestellte 44 Stunden oder weniger, für Bauarbeiter, Schuarbeiter, Hafenarbeiter, Müller, Bäcker 44 Stunden in der Woche. In den einzelnen Gliedstaaten des Bundes, wie in Neu-Südwest und Queensland, sowie in Westaustralien, wurde der Grundsatz der 44-Stunden-Woche eingeführt. Anfang Februar 1927 hatte die Hälfte der Industrieverölkerung Australiens weniger als 48 Stunden Arbeitszeit. Seitdem verlangte eine große Anzahl von Gewerkschaften für die von ihnen vertretenen Berufe eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden in der Woche. Die Bauarbeiter, die bisher 44 Stunden arbeiteten, forderten Herabsetzung auf 40 Stunden, was jedoch abgelehnt wurde. Andererseits erfolgte in letzter Zeit eine große Anzahl von Herabsetzungen von 48 auf 44 Wochenstunden für die Arbeiter in den folgenden Produktionen: Maschinenarbeiter, Schmiede, Hütten- und Gießereiarbeiter, für die Arbeiter in Gaswerken, für Glasarbeiter, die meisten in den Druckereibetrieben beschäf-

tigten Arbeiter. Die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 44 Wochenstunden wurde abgelehnt für Lokomotivführer und für die Arbeiter in der Holz- und Möbelindustrie.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen in Italien aufgelöst. Die faschistischen Gewerkschaften, die sogenannten „Korporationen“ wurden auf Befehl Mussolinis errichtet und lebten seitdem von seiner Gnade. Immerhin waren sie vom Staat anerkannt. Sie allein dürfen Tarifverträge mit den Unternehmerverbänden abschließen und die Arbeiterschaft vertreten. Sämtliche Arbeiter ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu den Korporationen sind verpflichtet, Beiträge an die faschistischen Korporationen abzuführen, was ihnen eine Jahresentnahme von 300 Millionen Lire sichert. Die Korporationen waren in sechs großen Verbänden gruppiert, die in die Spitzenorganisation des Generalverbandes der faschistischen Arbeiterkorporationen zusammengefaßt waren. Bei der Ernennung der Abgeordneten in das Parlament (wirkliche Parlamentswahlen gibt es in Italien nicht) war dem Generalverband ein erheblicher Einfluß gesichert. Nun wurden die Leistungen der sechs Arbeiterverbände aufgelöst und durch Reglerungskommissare ersetzt. Gleichzeitig wurde dem Generalverband die öffentlich-rechtliche Anerkennung entzogen. Diese Maßnahmen hängen mit der Maßregelung des Generalsekretärs des Generalverbandes Rossini zusammen. Rossini war vermessend genug, über die Verbände der Arbeitgeber eine scharfe Kritik zu üben. Die Arbeitgeberverbände versuchten den Abschluß von Tarifverträgen hinauszuschieben und sabotieren die einmal entstandenen Tarifverträge. Als Rossini daran Kritik zu üben wagte, wurde er von Mussolini abgelöst. Gleichzeitig benutzte Mussolini, der auch Minister der Korporationen ist, die Gelegenheit, die faschistischen Korporationen dadurch zu schwächen, daß der Generalverband verschwindet und künftighin nur die Leitverbände mit den Unternehmern verhandeln werden. Die Herstellung einer Einheitsfront der Arbeiter soll dadurch verhindert werden. Vergebens versuchte Rossini, daß er nur dann sein Wort gegen den Abschluß von Tarifverträgen einlegte, wenn diese weder billig noch faschistisch gewesen seien. Vergeblich versprach er in seinem Blatt, daß er die höheren Befehle, die keiner Diskussion unterliegen, getreu ausführen würde. Es half ihm nichts. Die geringe Selbständigkeit, die die Gewerkschaften noch genossen haben und die spärlichen Reste einer Selbstverwaltung sind verschwunden. Die italienischen Gewerkschaften haben nur noch zu gehorchen den Launen eines Gewaltmenschen. Wie lange noch?

#### Sprachkurse.

In der ersten Januarhälfte beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Winterlehrgänge (Abendunterricht) in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Wichtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Satzzeichenkunde und Sprachlehre; Fremdwortkunde, „mir oder mich“, grammatische Schwierigkeiten, Sachlehre, Anfertigung von Aufsätzen. Zur Deckung der Unkosten wird für einen Vierteljahrskursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose Kollegen zahlen monatlich 2 M. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Kollegen mit fremdsprachlichen Vorkenntnissen können entsprechende Kurse für Fortgeschrittene beitreten. Die Kurse werden in folgenden Stadtteilen abgehalten: Norden, Wedding, Osten, Neukölln und Westen. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule, Berlin W 57, Gietzenstraße 6a.

### Genossenschaftliches

Wer verschuldet die Straßenbahnunfälle? Von hundert Straßenbahnunfällen entfallen nach einer Statistik der deutschen Straßenbahnen, die in der Fachzeitung „Versicherung und Geldwirtschaft“ behandelt wurde, 55 auf Fahrgäste und 45 auf Fußgänger. 80 % der Unfälle, durch die Fahrgäste betroffen wurden, sind auf das leidige Auf- und Abpringen während der Fahrt zurückzuführen. Die Hauptursache der Unfälle der Fußgänger sind Sorglosigkeit, unvorsichtiges Betreten der Geleise, Anlaufen gegen fahrende Wagen und Trunkenheit. Männer verunglücken dreimal so häufig wie Frauen. Die Kinder sind mit 10 bis 20 % an den Straßenbahnunfällen beteiligt. Die Mehrzahl der Unfälle wird jedenfalls durch die Verunglückten selbst verursacht. Im Publikum ist teilweise noch die irrtümliche Meinung vertreten, daß man sich gegen die wirtschaftlichen Folgen eines tödlichen Unfalles für alle Fälle sehr gut durch eine sogenannte Zeitschriftenversicherung schützen könne, weil sie besonders hohe Versicherungssummen in Aussicht stelle. Die Bedingungen der Abonnentenunfallversicherung schließen aber jeden Anspruch aus, wenn der Abonnent durch grobe Fahrlässigkeit oder grobfahrlässiges Nichtbeachten der für den Schutz von Leben und Gesundheit bestehenden polizeilichen und gesetzlichen Bestimmungen verunglückt. Daraus geht hervor, daß die meisten Straßenbahnunfälle — übrigens die Mehrzahl der Verkehrsunfälle überhaupt, da dem Transportmittel selbst ein Unfall zustoßen muß — für die Abonnenten solcher Zeitschriften, mit deren Bezug eine Versicherung verbunden ist, nicht entzündungspflichtig sind. Ein rechtlicher Anspruch auf Zahlung der Unfallschaden besteht für die Hinterbliebenen der tödlich Verunglückten nicht. Bei Eingehen der Abonnements werden gewöhnlich die Versicherungsbedingungen, die zahlreiche und entscheidende Klauseln enthalten, nicht beachtet. Die Arbeitnehmerchaft hat es nicht nötig, ihr Geld für einen zweifelhaften Versicherungsschutz auszugeben, da sie selbst ein großes, leistungsfähiges und gut fundiertes Versicherungsunternehmen besitzt — ganz abgesehen davon, daß die geistige Kost dieser Versicherungsblätter, die für das, was sie wirklich bieten, meistens viel zu teuer bezahlt werden, mehr als fragwürdig ist.

**Werd die gelesenen „Maler“ nicht fort!  
Seht sie den Unorganisierten!**

Sozialpolitisches

Kein Ende der Wohnungsnot vor 1940.

Dem Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes zufolge soll die Hauszinssteuer allmählich abgebaut werden. Die Hauszinssteuer als Einkommensteuer bei Häusern, deren Besitzer infolge der Geldentwertung während der Inflationszeit von ihren Schulden befreit wurden, soll vom 1. April 1937 an, bei andern als Wertehaltungsteuer — da sie wohl im Gegensatz zu den Besitzern von Geldforderungen, Banknoten usw. ihren Besitz erhalten konnten, — vom 1. April 1934 an abgebaut werden, wenn die Reichsregierung zur Zeit des Abbaues diesen für möglich halten wird. Diese Neuregelung der Hauszinssteuer erfordert ein verfassungsänderndes Gesetz. Da der Entwurf im Reichsrat keine Zweidrittel-Mehrheit fand, wurde er dort abgelehnt. Die großen Unternehmerorganisationen — zuletzt der Hansabund — entfalten eine heftige Propaganda gegen die die Einkünfte der Hausbesitzer schmälernde Hauszinssteuer, obwohl sie gut wissen, daß die bisherige Wohnbaufähigkeit allein mit Hilfe von Hauszinssteuern möglich war und ohne diese auch in der Zukunft nicht möglich sein würde. Selbst wenn der Strom des Hauszinssteuergeldes nicht versiegen wird und in den nächsten Jahren mit Hilfe der Hauszinssteuer ebenso viele neue Wohnhäuser errichtet werden können, wie in dem bisher erfolgreichsten Jahre 1927/28, könnte erst 1940 ein Ende der Wohnungsnot erreicht werden.

Ueber die Entwicklung der Wohnungsbauwirtschaft vermögen die folgenden Zahlen (aus der Zeitschrift: „Magazin der Wirtschaft“ Nr. 47) die Unterlagen zu bieten: Während 1924 der Reinzugang an Wohnungen 107 000, 1925 bereits 179 000 betrug, konnte er 1926 auf 206 000 und 1927 sogar auf 289 000 steigen, eine Zahl, die auch für 1928 zutreffen dürfte. Damit hat seit 25 Jahren der Reinzugang an Wohnungen in den beiden letzten Jahren zum erstenmal den alljährlichen Neubedarf von 225 000 Wohnungen um 65 000 Wohnungen überschritten. Der Fehlbetrag an Wohnungen machte 1928 noch den erschreckend großen Umfang von 870 000 Wohnungen aus. Werden nun wie in den letzten zwei Jahren bis zum Jahre 1940 jährlich 290 000 Neubwohnungen erstellt, so bedeutet dies bei einem Neubedarf von 225 000 Wohnungen in den Jahren 1927 bis 1930, von 250 000 Wohnungen in den Jahren 1931 bis 1935, und von 190 000 Wohnungen 1936 bis 1940, daß der Fehlbetrag von 870 000 Wohnungen erst im Jahre 1940 gedeckt werden wird. Würden aber die Hauszinssteuern nicht weiter steigen, so könnte der Wohnungsbau im bisherigen Umfang nicht aufrechterhalten werden. Bei dieser Berechnung wurde noch nicht berücksichtigt, daß allmählich durch Verfall eine steigende Zahl von Wohnhäusern ausfallen dürfte, da in den letzten 14 Jahren die Erneuerung oder der Ersatz alter Wohnhäuser so gut wie ganz unterblieben ist. Außerdem stehen aber die Städte immer dringlicher vor der Aufgabe, Häuser und Wohnviertel mit allzu ungesund und allzu unhygienischen Wohnungen (die sogenannten Slums) niederzureißen und durch bessere und geeignetere zu ersetzen. Auch ist eine Anzahl von leeren Wohnungen für einen gesunden Wohnungsmarkt unentbehrlich. Unter solchen Umständen würde ein vorzeitiger Abbau der Hauszinssteuer zugunsten der Hausbesitzer die bestehende Wohnungsnot verewigen.

Aus den Arbeitsgerichten

Sperrung der Arbeitslosenunterstützung. Verfahrensmängel. Einem Arbeitslosen war wegen unberechtigter Weigerung der Annahme von Kolfsandsarbeiten die Arbeitslosenunterstützung auf vier Wochen gesperrt worden. Er erhob Einspruch hiergegen, doch wies der Spruchauschuß, ohne den Arbeiter vorzuladen, den Einspruch zurück.

Auf die Berufung des Arbeitslosen, die damit begründet war, er sei widerrechtlich zu der Sitzung des Spruchauschusses nicht geladen worden, wies die Spruchkammer des Landesarbeitsamtes die Angelegenheit zur grundsätzlichen Entscheidung an das Reichsversicherungsamt, und der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung beim Reichsversicherungsamt hat denn auch grundsätzlich dem Arbeiter recht gegeben.

Der Spruchauschuß ist zu Unrecht der Meinung, so äußerte sich das Reichsversicherungsamt, er sei nicht verpflichtet, dem Arbeiter eine Benachrichtigung von Ort und Zeit der mündlichen Verhandlung seiner Sache zugehen zu lassen, wenn die Entscheidung ausschließlich von der Beurteilung von Rechtsfragen abhängt. Der § 195 Absatz 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung schreibt ausdrücklich vor, daß vor den Spruchbehörden der Arbeitslosenversicherung mündlich und öffentlich verhandelt wird, und nach der Verordnung zur Ausführung des genannten Gesetzes hat auf das Verfahren vor den Spruchbehörden der Arbeitslosenversicherung u. a. der § 1662 der Reichsversicherungs-Ordnung Anwendung zu finden, wonach der Antragsteller selbst erscheinen oder sich vertreten lassen kann. — Hieraus geht klar hervor, daß der Arbeiter berechtigt ist, zu verlangen, daß er zu dem Termin, in dem über seine Sache verhandelt wird, geladen wird, und daß er berechtigt ist, zu dem Termin zu erscheinen. — Weder aus dem Gesetz selbst, noch aus allgemeinen Erwägungen kann dem Spruchauschuß darin beipflichtet werden, der Arbeitslosebranche nicht geladen zu werden, wenn lediglich Rechtsfragen zur Entscheidung stehen. Denn häufig wird es gerade zweifelhaft sein, ob der Sachverhalt genügend geklärt ist, und ob nur Rechtsfragen zur Entscheidung stehen. Der Kläger soll aber auch zu den Rechtsfragen Stellung nehmen dürfen, und ihm muß ferner Gelegenheit gegeben werden, seinen Rechtsstandpunkt darzulegen.

Sonach war die Sache zur anderweiligen Verhandlung und Entscheidung an die Spruchkammer zurückzuerweisen. (Reichsversicher.-Amt, IIa. Nr. 113. 28.) rd.

Es' immer etwas Gutes im Sinn und halte dich zu gut, etwas Böses zu tun. Mathias Claudius.

Vom Ausland

Kampf gegen die Bleifarben in England.

Der Vorstand des englischen Malerverbandes hat kürzlich an die Arbeitervertretung der Gemeinderäte das Ersuchen gerichtet, für die Abschaffung der Bleifarben bei Arbeiten in öffentlichen Gebäuden einzutreten. Darin werden einleitend die Gesundheitsgefahren bei Bleifarben aufgezeigt und die Bemühungen des Verbandes geschildert, durch die der Widerstand der Bleifarbenbesitzer zu brechen und besonders auch die Annahme des bekannten Uebereinkommens der dritten Arbeitskonferenz von 1921 durch die englische Regierung durchzusetzen versucht wurde. Dann heisst es weiter:

Wir sind durchaus überzeugt, dass die bestehenden Gefahren bedeutend vermindert werden können, wenn man erst allgemein einsieht, dass bei Ausführung von Innenarbeiten kein Grund für die fortgesetzte Verwendung von Bleifarben besteht.

Es steht eine ganze Reihe von bleifreien und daher unschädlichen Farben zur Verfügung, die ein gutes Ersatzmittel bilden und in den Händen eines geübten Malers sogar ein besseres Ergebnis zeitigen als Bleifarben. Bei Arbeiten, die in weiss oder mattgelb ausgeführt werden sollen, behalten die giftfreien Farben längere Zeit hindurch ihre Reinheit bei.

Die Grundstoffe der giftfreien Farben bestehen aus Zink, Titanium, Antimon und Lithopon. Das Antimon enthält eine Kleinigkeit Blei, aber der Prozentsatz ist jedoch so gering, dass dadurch keine ernsthaften Folgen entstehen können. Ausser diesen Farben gibt es noch eine beträchtliche Anzahl erstklassiger Wasserfarben, die auch unter dem Namen „waschbare Temperafarben“ bekannt sind. Sie sind durchaus hygienisch und für den Anstrich von Decken und Wänden gut geeignet. Sie haben in vielen Fällen die Verwendung gewöhnlicher Streichfarben erübrigt.

Man wird Ihnen vielleicht auch erzählen, dass die Haltbarkeit der giftfreien Farben nicht so gross wie die der Bleifarben ist. Bei Aussenarbeiten trifft dieses Verhältnis wohl zu, aber bei Innenarbeiten ist es durchaus nicht der Fall; denn dort ist das Produkt ja nicht den Witterungseinflüssen und chemischen Dünsten ausgesetzt. Wir stellen daher dringend anheim, bei Innenarbeiten die Ersatzstoffe zu benutzen. Die dabei erzielten Vorteile sind folgende:

- a) Ein Ergebnis von gleicher und in mancher Hinsicht sogar besserer Qualität kann zum gleichen Kostenpreise erzielt werden.
- b) Die Gefahren für die mit der Arbeit betrauten Maler sind bedeutend vermindert. Ein besserer Gesundheitszustand ist gesichert und die ernsthaften Nachwirkungen der Vergiftungserscheinungen sind im grossen und ganzen aufgehoben. Die Zeitdauer der Arbeitsunfähigkeit, für die als Berufskrankheit Unterstützung zahlbar ist, wird bedeutend verkürzt, wodurch auch eine Steigerung des wirtschaftlichen Wertes des Arbeiters eintritt.
- c) Wir betrachten es als sehr unklug, dass man eine grosse Anzahl von Kindern unmittelbar nach Beendigung der Sommerferien in Klassenzimmern unterbringt, die mit den Ausdünstungen der Bleifarben behaftet sind. In ärmlichen Stadtteilen sind die Eltern dieser Kinder oft lange Zeit hindurch stellenlos gewesen und die Kinder haben daher eine ungenügende Ernährung erhalten. Wenn sie nun nach längerem Aufenthalt im Freien in derartigen Schulräumen untergebracht werden, sind sie für Kinderkrankheiten empfänglich, die in der obenerwähnten unreinen Atmosphäre ihren Ursprung haben. Werden giftfreie Farben verwendet, so ist damit auch die für die Kinder vorhandene Gefahr beseitigt.
- d) Im Malergewerbe haben die Berufsgenossen sich mit der jeden Winter wiederkehrenden Stellenlosigkeit abzufinden, die hauptsächlich von dem Saisoncharakter unserer Branche herrührt. Um diesem Uebelstande entgegenzuwirken, haben wir uns bemüht, Behörden, Grossfirmen und die Öffentlichkeit zu veranlassen, Innenarbeiten nicht in den Sommermonaten, sondern im Laufe des Winters zur Ausführung gelangen zu lassen. (In gewissem Masse haben unsere Bestrebungen Erfolg gehabt.) Verschiedene Behörden haben wohlwollend unsere Vorschläge in Erwägung gezogen, um auf diese Weise stellenlosen Mitgliedern Arbeit zuzusichern. Wir wissen die von den Behörden in dieser Richtung entfaltenen Bestrebungen voll auf zu würdigen.

Wir sehen wohl ein, dass die Sommerferien eine gute Gelegenheit für Erneuerungen und insbesondere zur Vornahme von Anstrichen darbieten, sind aber andererseits der Meinung, dass man mit ein wenig Organisationstalent die in den Schulen und öffentlichen Gebäuden notwendigen Innenarbeiten sehr wohl während des Winters ausführen lassen kann. Selbst wenn die Arbeiten nötigenfalls während des Schulbesuches ausgeführt werden müssten, so lässt sich dieses um so leichter durchführen, wenn giftfreie Farben verwendet werden, die keine Gefahr bedeuten.

Holstenwall 12 statt.

Fachtechnisches

Die Gewerkekammer zu Hamburg veranstaltet im Januar 1929 einen Fach-Kursus für Holzmalerer und Tiefporverfahren, Leiter Herr Hermann Münz. Der Kursus dauert zirka 48 Stunden und findet an drei Abenden in der Woche (Montag, Mittwoch, Freitag) von 18 bis 22 Uhr in den Räumen des Innungshauses am

Die Gebühr beträgt 20 M. Für diesen Kursus sind noch verschiedene Plätze frei. Kollegen, die Interesse für diese beliebten und billigen Kurse haben, wollen sich umgehend bei unserer Filialverwaltung: Hamburg 1, Gewerkschaftshaus, anmelden.

Literarisches

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Verlagsgesellschaft des ADGB, G. m. b. H., Berlin S. 14. Der Bezugspreis dieser Zeitschrift beträgt vom 1. Januar 1929 an vierteljährlich 3,00 M. für Organisationsmitglieder 2,55 M.

Der Strafgesetzband. Von Kurt Hoyer. Clement-Verlag Berlin NW. 18, Landberger Strasse 93. Preis 30 S. Ein Kampfschrift, die Aufklärung in die Massen bringen will über den vorliegenden Strafgesetzentwurf. Nur wenige Punkte über den Verfasser vor das Forum der Öffentlichkeit, die allein genügen, den ganzen Entwurf zu begraben.

Die chronische Darmschwäche, das Grundübel des Kulturmenschen, ihr Einfluss auf alle Körperfunktionen und ihre Beseitigung. Von Dr. med. Vacatowski. (Preis 1 M.) 17. Auflage. Verlagsgesellschaft des ADGB, G. m. b. H., Berlin S. 14. Die chronische Darmschwäche ist das am meisten verbreitete Übel, und dadurch hervorgerufene Verunreinigung des Blutes die Ursache der meisten Leiden. Wie diese zu beheben sind, lehrt das Büchlein.

Bücherei-Kalender 1929. Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verwandten Berufe Deutschlands, Eib. Hamburg. Der geschmackvoll ausgestattete Kalender bietet auch in technischer Beziehung gut ausgewähltes Material für den täglichen Gebrauch im Berufsleben.

Jüngste Arbeiterbildung. Ausgewählt von Carl Bröder, Stockholm. Verbefferte und erweiterte Auflage. Berlin 1928, Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Völkner-Strasse 3. Kartiert 90 S., Gebunden 1,50 M., Halbtitel 3 M. — Das Büchlein, das nunmehr bereits in zweiter, erweiterter Auflage erscheint, will, wie Bröder im Vorwort betont, zuerst und vor allem Dokument des Erstes und der Ziele sein, womit die junge Arbeiterkraft um ein geistiges Leben ringt. Es wird Zeugnis eines reichen, unverbrauchten Geisteslebens, das schon und einst noch mehr, dem Volk formende, blinde und beutende Kräfte widmen wird.

Redner der Revolution. Band 12: Die Achtundvierziger. Neben und Dokumente der europäischen Revolution 1848/49. Neued. deutscher Verlag, Berlin. Preis kartoniert 1 M.

Genossenschaftler Großteils und demokratischer Großteils. Unter diesem Titel ist in der Zeitschrift „G. m. b. H.“ (Verlag J. S. W. Diez Nachf., G. m. b. H., Berlin SW. 68) das 17. Heft (Nr. 10) erschienen. Es bringt einen mit reichem Material versehenen Vortrag des Stadtverordneten G. H. Linger, Vorstandsmittglied beim Deutschen Städtebund, zu den aktuellen Fragen der Um- und Eingemeindungen. Die Anschaffung der Zeitschrift ist jedem Kommunalpolitiker zu empfehlen.

„Arbeiter-Sprachzeitung.“ Die Zeitschrift will auf einem Gebiet, das heute noch ganz von bürgerlichen Tendenzen beherrscht wird, ein Führer und Berater sein. Neben kritischen sprachwissenschaftlicher Natur enthält sie englische und französische Lektionen für Anfänger und für Fortgeschrittene. Der Preis der 24 Seiten starken Zeitschrift beträgt für das Vierteljahresabonnement (drei Nummern) 1 M. Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlungen der Z. V. D. oder an die „Arbeiter-Sprachzeitung“, Berlin W. 57, Aletenstraße 6a.

Er man Wendel: Kämpfer und Räuber. (Einfach. Umfang 144 Seiten. Preis broschiert 2,50 M., Leinen 3,50 M.) C. Landwehr Verlagsgesellschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68. Hermann Wendel gibt in seinen fesselhaften Erzählungen einen Querschnitt durch die große europäische Literatur der Dichter und Räuber des menschlichen Fortschritts, jener revolutionären Geister, die mit ihrer Arbeit über ihre Zeit hinausstreben und neue Wege des Denkens und Fühlens weisen können. Knapp und treffend weist er jeder charakteristischen Persönlichkeit die Stellung in ihrer Zeit wie im Urozeus der Unterirdischen an. Die Bücher sind für die Arbeiterklasse. Herausgegeben von der Betriebsrat des ADGB, Ortsausschuß Frankfurt a. M., Würdelschlagstraße 51. Preis 50 S. Die empfehlenswerte Zeitschrift erscheint in 2. Auflage und enthält alles, was jeder Betriebsrat unbedingt wissen muß.

Die „Gesundheit.“ Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des bürgerlichen Volkes, bringt stets interessante Artikel aus allen Gebieten der Gesundheit, und körperliche. Herausgeber ist der Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Die Zeitschrift wird an den Kassieren der Krankenkassen den Versicherten unentgeltlich ausgeschrieben.

„Die Gemeinwirtschaft.“ Monatschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gemeinwirtschaft, ist für jeden an der gemeinwirtschaftlichen Bewegung Interessierten eine außerordentlich wertvolle Zeitschrift. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,40 M. Die Bestellung kann erfolgen bei jeder Volksbuchhandlung, jeder Post und direkt beim Verlag: „Die Gemeinwirtschaft“, Hermsdorf i. Thür. Probenummern umsonst vom Verlags „Der Wahre Jakob“. Zusätzliche Zeitschrift für Satire, Humor und Unterhaltung. Erscheint vierzehntäglich und kann durch die Post, alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag J. S. W. Diez Nachfolger, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, bezogen werden. Preis der Nummer 30 S.

„Kulturreise Reichsbannerzeitung.“ Verlag J. S. W. Diez Nachfolger, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Bezugspreis für die Nummer 25 S. Die belehrende, wöchentlich erscheinende republikanische Zeitschrift verdient weitest Verbreitung.

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land für alle in den Gemeinden tätigen Genossen und Genossinnen unentgeltlich. Bezugspreis monatlich 1 M. Durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag J. S. W. Diez Nachfolger, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

Vom 16. bis 22. Dezember ist die 51. Beitragswoche

Vom 23. bis 29. Dezember ist die 52. Beitragswoche

Er ist angekommen

Der **Neue-Welt-Kalender** 1929

mit ausführlichem Kalendarium, wertvollen statistischen Angaben, Portotarif, reich illustriertem literarischem Teil usw.

Auch ein Wandkalender und ein gut gelungener Vierfarbendruck als Wandschmuck sind beigelegt

Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen, durch die Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S 14, Inselstr. 6a, od. direkt durch die Verlagsanstalt AUER & Co., Hamburg 6, Fehlnstraße 11-19

**Preis 80 Pf.**